

## **Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren der Gemeinde Engelskirchen vom 24.11.2016**

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023), in der am Tage der Bekanntmachung gültigen Fassung, der §§ 1, 2, 4 und 5 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712/SGV NRW 610), in der am Tage der Bekanntmachung gültigen Fassung und des § 2 Abs. 3 des Gebührengesetzes für das Land NRW vom 23. August 1999 (GV NRW S. 524) in der am Tage der Bekanntmachung gültigen Fassung, hat der Rat der Gemeinde Engelskirchen in seiner Sitzung am 23.11.2016 folgende Verwaltungsgebührensatzung beschlossen:

### **§ 1**

#### **Gebührenpflichtige Leistungen**

Für die in der Anlage genannten Leistungen erhebt die Gemeinde Verwaltungsgebühren. Die Erhebung von Gebühren aufgrund anderer Rechtsvorschriften für besondere Leistungen, die in dem Gebührentarif nicht aufgeführt sind, bleibt unberührt.

### **§ 2**

#### **Höhe der Gebühr**

- (1) Die Höhe der Gebühr richtet sich nach der Anlage. Bei mehreren gebührenpflichtigen Leistungen entstehen Gebühren einzeln nach den jeweiligen Tarifnummern der Anlage.
- (2) Für Leistungen, für welche die Anlage einen Gebührenrahmen oder eine Bemessung nach Stundensätzen vorsieht, sind bei der Festsetzung der Gebühr die Vorbereitungszeit und die wirtschaftliche oder sonstige Bedeutung der Leistung zu berücksichtigen.

### **§ 3**

#### **Gebührenfreiheit**

Gebührenfrei sind:

- a) Leistungen, für die nach gesetzlichen Vorschriften sachliche oder persönliche Gebührenfreiheit besteht,
- b) Leistungen im Rahmen der Amtshilfe,
- c) Leistungen, die überwiegend im öffentlichen Interesse liegen (Beispiele: Wirtschaftsförderung, Wissenschaft etc.).

### **§ 4**

#### **Auslagenersatz**

Auslagen im Sinne des § 5 Abs. 7 KAG NRW kann die Gemeinde auch dann gesondert in Rechnung stellen, wenn die Leistung selbst gebührenfrei ist.

### **§ 5**

#### **Billigkeitsmaßnahmen**

Gebühren und Auslagen können auf Antrag ganz oder teilweise erlassen werden, wenn dies aus Gründen der Billigkeit, insbesondere zur Vermeidung sozialer Härten, geboten ist.

Im Übrigen richten sich die Stundung und der Erlass von Verwaltungsgebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes für das Land NRW vom 21.10.1969.

### **§ 6**

#### **Gebührensschuldner**

- (1) Gebührensschuldner ist, wer die Leistung selbst oder durch zurechenbares Verhalten eines Dritten veranlasst hat oder wer durch sie begünstigt wird.
- (2) Von mehreren an einer Angelegenheit Beteiligten ist jeder gebührenpflichtig, soweit die Leistung ihn betrifft.
- (3) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

### **§ 7**

#### **Fälligkeit**

- (1) Die Gebühr wird mit der Erbringung der Leistung fällig. Die Gebühr kann vor Erbringung der Leistung gefordert werden.
- (2) Vor Fälligkeit kann von dem Gebührensschuldner eine Sicherheitsleistung bis zur Höhe der für die Leistung entstehenden Gebühr verlangt werden.
- (3) Der Gebührensschuldner hat Anspruch auf eine Quittung.

### **§ 8**

#### **Gebühren bei Ablehnung oder Zurücknahme von Anträgen sowie für Widerspruchsbescheide**

- (1) Wird ein Antrag auf eine gebührenpflichtige Leistung abgelehnt oder vor ihrer Beendigung zurückgenommen, so wird eine Gebühr gem. § 5 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land NW vom 21.10.1969 erhoben.
- (2) Für Widerspruchsbescheide wird nur dann eine Gebühr erhoben, wenn der Verwaltungsakt, gegen den Widerspruch erhoben wird, gebührenpflichtig ist und wenn und soweit der Widerspruch zurückgewiesen wird. Die Höhe der Gebühr richtet sich nach § 5 Abs. 3 des Kommunalabgabengesetzes für das Land NRW vom 21.10.1969.

### **§ 9**

#### **Beitreibung**

Die Gebühren können nach § 1 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes vom 19.02.2003 (GV NW. Seite 156, ber. S. 570; 2005 S. 818) im Verwaltungszwangverfahren beigetrieben werden.

### **§ 10**

#### **Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt zum 01.01.2017 in Kraft; gleichzeitig tritt die Verwaltungsgebührensatzung der Gemeinde Engelskirchen vom 01.01.2002 außer Kraft.

## Gebührentarif

Tarif-Nr.	Gegenstand	Gebühr in Euro
1.	<p><b>Vervielfältigungen und Auszüge</b></p> <p>a) Fotokopien und Ausdrücke bis zum Format DIN A 4 je Seite ab der 11. Seite 0,70 0,40</p> <p>b) Bei größerem Format als DIN A 4 für jede Seite 0,90</p> <p>c) Farbkopien und -ausdrücke im Format A4 im Format A3 im Format A2 1,20 1,70 2,70</p> <p>d) Für individuell zusammengestellte Auszüge aus Schriftstücken oder Dateien wird eine Gebühr nach dem Zeitaufwand erhoben, der bei durchschnittlicher Arbeitsleistung zur Herstellung benötigt wird. Die Gebühr beträgt für je angefangene 15 Minuten 10,00</p>	
2.	<p><b>Beglaubigungen und Zeugnisse</b></p> <p>a) Beglaubigungen von Unterschriften oder Handzeichen 2,70</p> <p>b) Beglaubigungen von Abschriften, Auszügen, Ablichtungen, Zeichnungen, Plänen, je Seite (bei mehrfach Beglaubigungen derselben Vorlage ermäßigt sich die Gebühr ab der zweiten Beglaubigung um 50%) 4,70</p>	
3.	<p><b>Genehmigungen, Erlaubnisse, Bescheide, Ausnahmegewilligungen und Bescheinigungen, soweit nicht eine andere Gebühr oder Gebührenfreiheit vorgeschrieben ist</b> je angefangene halbe Stunde 25,50</p>	
4.	<p><b>Erteilung von Vorrangseinräumungen und Löschungsbewilligungen, Freigabeerklärungen und sonstige Erklärungen für das Grundbuch</b> (z.B. Bescheinigung zum Nichtbestehen/zur Nichtausübung eines Vorkaufsrechts nach § 28 Abs. 1 S. 3 BauGB) je angefangene halbe Stunde 29,00</p>	
5.	<p><b>Erteilung von Zweitausfertigungen von Bescheinigungen etc.</b> 3,50</p>	
6.	<p><b>Ersatz für verlorene oder unbrauchbar gewordene Hundesteuermarken</b> 5,00</p>	
7.	<p><b>Feststellungen aus Konten und Akten</b> je angefangene halbe Stunde 25,50</p>	
8.	<p><b>Auszug aus dem Kassenkonto für ein Rechnungsjahr</b> 4,00</p>	
9.	<p><b>Genehmigung und Überwachung von Arbeiten, die für Rechnung Dritter von Unternehmen an Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstigen Anlagen ausgeführt werden</b> je angefangene halbe Stunde 25,50</p>	
10.	<p><b>Feststellungen, Besichtigungen, Gutachten, Bauleitungen, Auszüge, technische Arbeiten, und zwar für</b></p> <p>a) Büroarbeiten, je angefangene halbe Stunde 25,50</p> <p>b) Außenarbeiten, je angefangene halbe Stunde 25,50</p> <p>c) Gehilfenstunden zur Vorhaltung und Beförderung von Geräten, je angefangene halbe Stunde 19,00</p>	

Tarif-Nr.	Gegenstand	Gebühr in Euro
11.	<b>Abgabe von Leistungsverzeichnissen bei öffentlichen Ausschreibungen</b> für jede angefangene Seite	0,35
12.	<b>Lichtpausen und Plots</b> a) DIN A 4 b) DIN A 3 c) DIN A 2 d) DIN A 1 e) DIN A 0 Für transparente Lichtpausen und farbige Ausdrücke per Plotter wird jeweils die doppelte Gebühr erhoben	8,00 10,00 12,00 14,00 16,00
13.	<b>Anfertigung von Abschriften und Auszügen aus Archivgut, Übertragungen in moderne Schrift und Übersetzungen</b> je angefangene halbe Stunde	25,50
14.	<b>Bereitstellung von Dateien per E-Mail oder Datenträger</b> je angefangene 10 Minuten	8,50
15.	<b>Schriftliche Auskünfte, die eine Einsichtnahme in Archivbestände und Archivbehelfe erfordern</b> für jede angefangene Viertelstunde der aufgewandten Zeit	11,00
16.	<b>Anfertigen von Kopien aus Archivbeständen und Archivbehelfe</b>  *) Die Gebühr versteht sich zuzüglich der Versandauslagen einschließlich Porto sowie der Gebühr nach Nr. 15. Kosten für die Ausführung von Arbeiten durch Dritte und Sonderleistungen sind in voller Höhe zu erstatten.	Gebühr wie unter 1a)*

### Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren der Gemeinde Engelskirchen vom 24.11.2016 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994, in der zurzeit gültigen Fassung darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres nach Datum der Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet, oder
- d) der Form oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Engelskirchen, den 24.11.2016

Dr. Gero Karthaus  
Bürgermeister